

Etatrede der CDU-Fraktion zum Haushalt 2018

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine ausgesprochene Freude, als einer der jüngsten CDU Fraktionsmitglieder – gemessen an der Ratszugehörigkeit – die diesjährige Etatrede der CDU-Fraktion für den Haushalt 2018 halten zu dürfen. Gerade auch im Hinblick darauf, dass dies die letzte CDU-Haushaltsrede Ihrer Amtszeit sein wird, der Sie Ihre Aufmerksamkeit schenken dürfen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister.

Besonders freut es uns, dass uns mit dem vorliegenden Haushalt der beste Haushalt seit Einführung der Doppik vorgelegt wurde! Sehr erfreulich dürfte dies besonders für die Koblenzerinnen und Koblenzer und Gewerbetreibenden sein, da dieser für 2018 keinerlei Steuererhöhungen vorsieht, anders wie noch in den vergangenen Jahren.

So wie sich das noch laufende Haushaltsjahr 2017 derzeit darstellt, nämlich mit einem positiven Ergebnis von rd. 18,5 Mio Euro, fühlt sich die CDU-Fraktion auch darin bestätigt, die **letzte Vergnügungssteuererhöhung** nicht mitgetragen zu haben.

Das vorliegende Zahlenwerk bekräftigt ebenfalls die Ansicht der CDU-Fraktion, dass wir ohne Steuererhöhungen einen positiven Ergebnis- und Finanzhaushalt vorlegen können. Demzufolge haben wir bereits im Sommer erfolgreich die Ergänzung des Eckwertebeschlusses um den Punkt 11. „Grundsätzlich sind keine Steuererhöhungen in 2018 vorzunehmen“, beantragt. Unser Dank geht dabei an alle, die diesen Antrag unterstützt haben.

Intensiv werden wir uns allerdings auch im kommenden Jahr mit dem Eckwertebeschluss befassen und z.B. die 25%ige Streichung der durch Fluktuation freiwerdenden Stellen sehr kritisch beleuchten, denn wir brauchen **an vielen Stellen wieder Personal, um bürgernäher zu sein, effizienter und mehr planen sowie gestalten zu können.**

In diesem Zusammenhang danken wir allen Beteiligten dafür, dass wir auf Antrag der CDU bereits jetzt im Stellenplan für 2018 weitere Stellen beim Ordnungsamt für die Überwachung des ruhenden Verkehrs und des Wahlamtes vorgesehen haben, denn gerade in den städtischen Randbezirken mehren sich die Beschwerden über Verkehrsbehinderungen durch rücksichtslose Verkehrsteilnehmer und fehlende Kontrollen ebenda.

Sehr geehrte Damen und Herren, die zweitägigen HuFA-Beratungen zu diesem Haushalt haben gezeigt, dass die **Ortsbeiräte eine sinnvolle Einrichtung sind**, kamen doch von ihnen **viele Änderungsvorschläge, die evtl. sonst keine Berücksichtigung gefunden hätten**. Dies unterstreicht auch das Bemühen der CDU-Fraktion, unter Federführung von Herbert Dott, die **Ortsbeiräte flächendeckend einzuführen**. Denn ein mehr an Demokratie und Mitbestimmung macht die Politik auf lokaler Ebene **lebendiger und zugänglicher!**

Sehr geehrter Herr OB, als Sie am 28. Mai 2010 in Ihrer persönlichen Erklärung vor dem Stadtrat unter Punkt 5. bekanntgaben, dass zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Politik in Ihren Augen vor allem eine solide Finanzpolitik gehöre und Sie diese zu einer Ihrer zentralen Aufgaben machen würden, bleibt reflektierend festzustellen, dass Ihnen dies in Zusammenarbeit mit der Verwaltung, dem Rat, den Koblenzer Bürgerinnen und Bürgern sowie den Gewerbetreibenden gelungen ist!

An Ihren damaligen Leitsätzen:

- nichts zu versprechen, was nicht zu halten ist;
- Schulden auf Sicht abbauen;
- zumindest nicht ungebremst weiter aufbauen,
- aber unverzichtbare Zukunftsinvestitionen tätigen,

haben Sie stets festgehalten und, wie man sieht, auch die darin steckenden Ziele erreicht! Dafür dürfen wir Ihnen und all jenen danken, **die daran mitgewirkt haben** sowie denen, die Einschnitte in finanzieller, personeller oder gestalterischer Art hierdurch erfahren mussten.

Schaut man sich allerdings Ihre damals gewählte Überschrift zu dem Themenblock Ihrer persönlichen Erklärung an, die da lautete: „**Stadt und Land: Hand in Hand für solide Finanzen**“ fehlt uns mal wieder an vielen Stellen das Engagement des Landes!

Während der Bund sukzessive seine Zuschüsse für die Kommunen erhöht, bleibt die Unterstützung des Landes in vielen Fällen aus.

Sehr positiv schlägt sich nämlich die verstärkte **Unterstützung des Bundes** in unserem Haushalt nieder. Der Bund hat damit sein Versprechen zur stärkeren Unterstützung der kommunalen Haushalte gehalten, indem er z.B. durch die **100%ige Übernahme der Grundsicherung im Alter** für eine **Kostenentlastung von 13 Millionen** im Koblenzer Haushalt sorgt. Daneben können wir mit **weiteren Bundesmitteln aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz** in Höhe von gut **9,7 Millionen rechnen**.

Im Bereich Asyl, der Eingliederungshilfe und der Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) schlagen sich die Erhöhung des Bundes zur

Unterstützung der Kommunen ebenso nieder.

Alleine die Erhöhung der **Bundesbeteiligung an den KdU** führt im Bundeshaushalt zu Mehrausgaben im Jahr 2018 von **voraussichtlich 2,14 Milliarden Euro. Der Anteil für Koblenz hierbei 8,3 Millionen Euro!**

Dann gibt es noch den ausgehandelten Bund-Länder-Finanzausgleich, der ab dem Jahr 2020 ca. 250 Millionen in die Landeskasse bringt und wohl zur Erhöhung der Verbundmasse des Kommunalen Finanzausgleichs führen wird.

Milliardenschwere Pakete des Bundes, die den **Kommunen** zur Verfügung **stehen sollten**.

Und, wie geht das Land mit den für die Kommunen gedachten Geldern um? Es streicht diese teilweise in die eigene Tasche ein, um medienwirksam den **größten Schuldenabbau im Landeshaushalt seit den letzten 50 Jahren zu inszenieren**.

Ein konkretes Beispiel hierfür ist die **Zuweisung bei der Integrationspauschale**. Von den Bundesintegrationsmitteln in Höhe von 288 Millionen Euro für RLP für die Jahre 2016 - 2018 landet nur ein Drittel bei den Kommunen. Da fragt man sich wohl zu Recht, wo das Land zwei Drittel der Integrationsaufgabe leistet, denn **die Integrationsleistung findet doch unzweifelhaft in den Kommunen statt**.

Weiteres Beispiel gefällig? Aus dem o.g. Programm zur Erhöhung der **Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung**

(KdU) bekommt das **Land rund 50 Millionen Euro**, aber **nur 10 Millionen Euro werden wiederum an die Kommunen weitergereicht**. Geld, was auch uns zugestanden hätte. Millionenbeträge, die durch die **kommunalfeindlichen Regelwerke der Landesregierung** nicht im städtischen Haushalt gelandet sind. **Geld, welches wir gut für den Schuldenabbau hätten nutzen können.**

Die finanziellen und kommunalfeindlichen Trickereien des Landes finden aber damit noch lange kein Ende. Nein, denn schaut man sich den **Mehrertrag von 3,4 Millionen Euro aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** in diesem Haushalt an, so gilt es festzuhalten, dass dieser **durchaus höher hätte ausfallen können**. Unter der Bundesratspräsidentschaft von Frau Malu Dreyer hat aber die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin dafür gesorgt, dass von den insgesamt **fünf Milliarden Euro des Bundes** lediglich vier Milliarden direkt an die Kommunen gehen. **Die restliche Milliarde zahlt das Land nur in Höhe des Verbundsatzes von 21%** an die Kommunen aus, den Restbetrag behält das Land ein!

Besonders ärgerlich ist es dann auch noch, wenn **Bundesmittel** z.B. aus dem Kommunalen Investitionsprogramm **nicht zeitnah bei uns ankommen**, weil die ADD - als obere Landesbehörde - die Genehmigungen,

und damit den Geldfluss für die von diesem Rat priorisierten Maßnahmen, durch **unsäglich lange Prüfungsverfahren** verschleppt. Dies ist umso schmerzlicher, da wir im Rahmen dieses Förderprogramms **dringende Maßnahmen an unserer Schulinfrastruktur** in Koblenz angemeldet haben. Von den **neun Projekten**, die wir Ende 2015 angemeldet haben, sind bis gestern erst für **drei Projekte Bewilligungsbescheide** eingegangen. Im Hinblick auf die **Kostensteigerungen**, die wir aus laufenden Ausschreibungen erfahren, **gefährdet** diese Verzögerung die Umsetzung einzelner Projekte, meine Damen und Herren.

Weil eine Schlussrechnung für die im ersten Kapitel des KI 3.0 Programms enthaltenen Projekte bis 2021 und die Projekte aus dem zweiten Kapitel bis 2023 erfolgen muss, ist hier **Eile in der Bewilligung geboten**, Herr Oberbürgermeister! Wir bitten Sie daher, darauf hinzuwirken, dass die Bewilligungsbescheide alsbald vorliegen und die Verwaltung sich an die Realisierung machen kann. **Insbesondere unsere Schulen haben diese Investitionen bitter nötig!**

Im Rahmen des KI 3.0 Programms haben wir in diesem Rat dafür gesorgt, dass die Maßnahme Weinacker in die Prioritätenliste aufgenommen wurde, um **den Bau der Nordtangente schnellstens zu ermöglichen**. Bedauerlicherweise verschiebt sich diese Baumaßnahme des Landes allerdings zum wiederholten Male. **Die Bewilligung des Zuschusses für die Ersatzgartenanlage dauerte indes fast ein ganzes**

Jahr, um uns dann aber darin **so enge terminliche Vorgaben** zu machen, dass die Verwaltung diese nur mit **allergrößten Anstrengungen** überhaupt noch einhalten kann, **um nicht die Zuschüsse zu verlieren. Diese Bewilligungspraxis hat wenig mit einem partnerschaftlichen Zusammenarbeiten zu tun.** Wenn wir jetzt auch noch erfahren, dass das Land fordert, der 10%ige städtische Eigenanteil für diese Maßnahmen sei nicht durch Investitionskredite, sondern durch Eigenmittel, die z.B. durch eine **Anhebung des Steuerhebesatzes** erbracht werden können, zu erbringen, führt dies das Kommunale **Investitionsprogramm ad absurdum.**

Sie sehen, Ihre damals gewählte Überschrift des Finanz-Themenblocks **„Stadt und Land: Hand in Hand für solide Finanzen!“** hätte also besser **„Stadt und Bund: Hand in Hand für solide Finanzen!“** heißen müssen, Herr Oberbürgermeister!

Nun wirft aber Ihre damals gewählte Überschrift in der Nachbetrachtung und den aktuellen Ereignissen rund um **Ihre damalige Versetzung in den einstweiligen Ruhestand** noch weitere Fragen auf, die der gerichtlichen Überprüfung standhalten werden müssen.

Dass der Stadt hierdurch ein Schaden entstanden ist, ist unzweifelhaft und von Ihnen bestätigt, Herr Oberbürgermeister. Dass Sie dies

bedauern, ist auch glaubhaft, ändert aber leider nichts an der Tatsache, dass dem so ist! Mit der Frage, **ob und wie dieser Schaden evtl. noch abgewendet werden kann**, wird sich dieser Rat aufgrund des **gemeinsamen Entschließungsantrages** der Fraktionen von CDU, Grüne, BIZ, FBG, FDP und AfD heute noch zu beschäftigen haben.

Nicht hinnehmbar und auch keinem zu vermitteln ist allerdings, dass Ihr gewählter Nachfolger versucht, den Schaden mit Hinweis auf die Höhe des Gesamthaushalts zu bagatellisieren. An dieser Stelle sage ich Ihnen Herr Langner: „**700.000,-- Euro sind und bleiben aus Sicht der CDU-Fraktion viel Geld!**“

Dies werden Sie ab Mai zur Kenntnis nehmen müssen, wenn sie die Punkte aus Ihrem Wahlprogramm mit uns umsetzen möchten!

Der „laissez-faire“ Umgang mit Finanzen, den Sie aus der Landespolitik gewohnt zu sein scheinen, findet vor diesem Rat seine Grenzen!

Wenn Sie dann auch noch meinen, diese Geschichte ließe sich „politisch“ lösen, dann machen wir Ihnen einen einfachen wie pragmatischen Vorschlag: **Bringen Sie zum Amtsantritt einen gedeckten Scheck der Landesregierung** über die Summe **mit**, die die Koblenzerinnen und Koblenzer nun für die Altersversorgung des scheidenden OB aufbringen müssen!

Sehr geehrter Herr OB, liebe Ratsmitglieder,
unsere **Bürgerinnen und Bürger sowie die Gewerbetreibenden** haben in den letzten Jahren durch Steuererhöhungen und Gebührenanpassungen **maßgeblich zur Haushaltskonsolidierung beigetragen.**

Wir haben bereits für das laufende Haushaltsjahr die enormen Summen der **Rücklagen und finanziellen Barmittel** einiger Eigenbetriebe **kritisch betrachtet** und z.B. von der Stadtentwässerung um Vorlage einer Liste der zukünftigen Mittelverwendung gebeten. Diese wurde uns vor kurzem vorgelegt. Wir werden die hierin genannten Maßnahmen sehr genau im Auge behalten. Auch wenn das Thema **Gebührensenkung** in diesem Bereich nun **vorerst vorschoben** wurde, ist das Thema für uns **noch nicht aufgehoben, denn es gilt für uns, die Bürger und Gewerbetreibenden dort zu entlasten, wo es möglich und vertretbar ist!**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, erfreut hat uns in den Haushaltsberatungen der Umstand, dass wir **auf Antrag der CDU-Fraktion nun ein Wohnraumförderprogramm in Höhe von einer Million Euro** in den Haushalt aufgenommen haben. Diese Gelder ermöglichen der Stadt, Grundstücke auf dem freien Markt zu erwerben, die dann wiederum der Koblenzer Wohnbau zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zur Verfügung gestellt werden können. **Ein erster, wenn auch kleiner Schritt zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums in unserer Stadt.**

Positiv zu vermerken sind auch die Ausgaben, die für die **Schaffung von Kindergärten** auf der Karthause, auf dem Asterstein sowie in Neuendorf **und im Bereich der Schulen** eingeplant wurden. Hierfür sind im Haushalt **knapp 18 Millionen Euro an Investitionen** vorgesehen.

Auch die notwendigen **Investitionen in die „CGM-Arena“** begrüßt die CDU-Fraktion sehr. Versprechen wir uns doch von diesen Investitionen eine bessere **Vermarktungsmöglichkeit** der Halle und damit eine zukünftige **Einnahmenverbesserung**.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, **eine Million Euro des Landes** für das laufende und rund **10 Millionen Bundesmittel** aus dem „**Sofortprogramm Luftreinhaltung**“ für das nächste Jahr werden für die Bekämpfung der **Stickoxid-Belastung in Koblenz** erwartet. **Diese Gelder müssen jetzt zügig zur Verfügung gestellt werden**, damit wir hier **nicht wie üblich-** wieder in Vorleistung treten müssen, um geeignete Maßnahmen zur Stickoxid-Reduzierung in Koblenz umzusetzen. Nicht nur **aus gesundheitlichen Aspekten ist hier Eile in der Bewilligung und Umsetzung der geplanten Maßnahmen geboten**, denn ein im Frühjahr, aufgrund gerichtlicher Entscheidung, **drohendes Dieselfahrverbot** in der Innenstadt, würde den Exodus des innerstädtischen Lebens bedeuten, den wir **unbedingt abwenden** müssen. Vorrangig sollten wir allerdings Wert darauflegen, dass nur solche **Maßnahmen angemeldet werden, die möglichst hoch gefördert werden und eine hohe**

Effizienz in der Bekämpfung der Stickoxid-Belastung versprechen.

Wir fordern daher von der Verwaltung die Erstellung einer Prioritätenliste, die sich an diesen Grundsätzen orientiert.

Sobald die Verwaltung die **außerplanmäßige Mittelbewilligung** für die dann vom Bund anerkannten Fördermaßnahmen dem Rat zur Beschlussfassung vorlegt, wird die CDU-Fraktion diese gerne unterstützen.

Wir hoffen, dass dies schnellstens geschehen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Ratsmitglieder, über einen Meilenstein gilt es, sich sicherlich besonders zu freuen, wenn man sich den Haushalt für das kommende Jahr anschaut: **Das Projekt „Neues Hallenbad“** wird 2018 endlich auch für die Bürgerinnen und Bürger einen **erkennbaren Fortschritt machen**, indem schon einmal mit dem Bau der Stellplätze begonnen wird. **Unsäglich lange Prüfungsverfahren, die uns von der ADD, den Finanzbehörden und dem Land auferlegt wurden**, haben dieses für uns so wichtige Projekt leider lange genug verzögert. **Zu unserem Bedauern** wurde uns allerdings das Bauen einer **Sauna und der Gastronomie** und deren Betrieb in Eigenregie von der Landesregierung **untersagt!**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Tatsache, dass das Land uns keine Unterstützung zur Bewerbung bzw. Ausrichtung als **europäische**

Kulturhauptstadt gewährt hat, findet die CDU-Fraktion **sehr bedauerlich!** Die Bewerbung sowie die Ausrichtung als europäische Kulturhauptstadt hätte unserer Stadt sehr gut getan und einen weiteren Entwicklungsschub bedeuten können. Diese **einmalige Chance für Koblenz** ist nun **leider vertan**.

Meine Damen und Herren, wie aus dem **aktuellen Städteranking** von „Wirtschaftswoche“ und dem Portal Immobilienscout24 hervorgeht, belegt die **Stadt Koblenz im Städteranking 2017 einen Platz im Mittelfeld**, doch beim Indikator zur Breitbandversorgung liegen wir auf Platz 16 von 70 der dort gelisteten deutschen Großstädte. **Ein respektables Ergebnis**, das wir durch die geplanten **Breitbandausbauten in Stolzenfels und Lay** noch verbessern werden, damit ist dies - kurz vor Weihnachten - auch noch eine gute Nachricht für die beiden Stadtteile.

Wir freuen uns besonders darüber, dass wir gemeinsam für die Spiel- und Bolzplätze in der Stadt im kommenden Jahr 70.000 Euro mehr veranschlagt haben, damit wir hier notwendige Investitionen in Spielgeräte vornehmen können. Auch die Erhöhung der Mittel zur Förderung der Städtepartnerschaften sowie die Investitionen in das Koblenzer Stadttheater begrüßt die CDU-Fraktion sehr. Wir bitten allerdings darum, die Erhöhung der Mittel zur Förderung der **Städtepartnerschaft** i.H.v. 10.000,- €, **als Fußnote in den Haushaltsplan aufzunehmen**.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Die Genehmigung des noch laufenden Haushalts durch die ADD ist **erst zum Ende des 1. Halbjahres** erfolgt. **Dies möchten wir für den hier zu verabschiedenden Haushalt nicht erneut erleben.** Wir fordern Sie und die Verwaltung daher auf, darauf hinzuwirken, dass uns im kommenden Jahr **die Haushaltsverfügung der ADD spätestens Ende Februar** vorliegt. Damit hätte der Rat noch **ausreichend Zeit, um auf diese zu reagieren**, falls mal wieder **Steuererhöhungen oder Einsparungen im freiwilligen Leistungsbereich** von der ADD gefordert werden, denn dies ist nach dem Haushaltsrundscheiben des Innenministers vom 24. Oktober 2017 **leider zu befürchten.**

Da der vorliegende Haushaltsplan für das Jahr 2018 in vielen Bereichen, wie Soziales, Kindergärten, Schulen, Sport, Stadtentwicklung, Kultur, Öffentliche Sicherheit und Ordnung und vieles mehr, die Handschrift der CDU-Fraktion trägt und **keine Streichungen im freiwilligen Leistungsbereich** und vor allen Dingen **keine Steuererhöhungen** enthält, stimmen wir diesem zu.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, wünsche Ihnen im Namen der CDU-Fraktion noch eine besinnliche Vorweihnachtszeit und ein gesegnetes Weihnachtsfest.